

Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und farbig illustriertem Witzblatt ULK

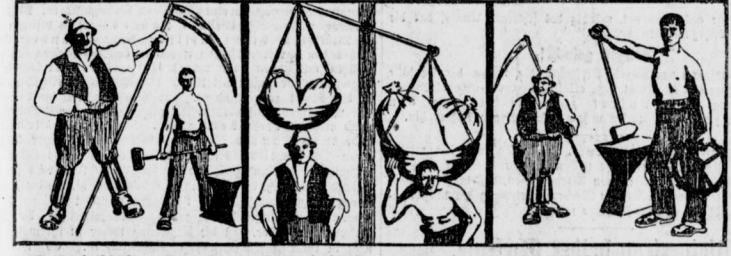
Telephon: Amt I, Nr. 10331-10148. Filialen: Prignitzerstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1-2, Frankfurter Allee 41-42, Or. Franzburgerstr. 51 und 52, Prenzlauer Allee 84, Schillingstr. 1, Schulmeisterstr. 27, Köpenicker Str. 5, Kottbuserstr. 3, Potsdamerstr. 35, Leipzigerstr. 108, Mühlentstr. 40, Charlottenburg: Fasanenstr. 4, Kantar 24, Schöneberg: 30, Friedrichs-Str. 10, Kottbuserstr. 30, Gross-Lichterfelde-West, Carstr. 1-2, Halensee-Grünwald, Hauptplatz (Bahnhof Halensee), Lichtberg: Prandauer Chaussee 129, Parkow: Jorkholmerstr. 1, Kisdorf: Berlinstr. 41, Schöneberg: Hauptstrasse 155, Tegeler: Berlinstr. 40, Wilmersdorf: König-Charlotten-Str. 1, Wilmersdorf: Chaussee 98-99. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Abonnementpreis für Gross-Berlin: 20 Pfennig wöchentlich... 85 Pfennig monatlich... 10 Mark jährlich... Inseratpreis für die 10 Pfennig Stellenangebote und Gerüche 20 Pfennig... Kleinaussagen das Wort 6 Pfennig, das fetzte Ueberschriftswort 15 Pfennig... Expedition: S.W. Jerusalemstrasse 46-48. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Rechte - Lasten - Leistungen.

kurz hat der Hansabund ein Flugblatt veröffentlicht... dem er die Wirkungen der preussisch-deutschen Realpolitik in kräftigen Strichen kennzeichnet. Mit Recht wird der Bund in seinem Flugblatt aus...

Wenn man die Abmessung der politischen Rechte, wie sie im ersten Bilde ersichtlich gemacht wird, abwägt, so brauchen wir in Preußen lediglich an das den Junkern auf den Leib geschüttelte Dreifachsystem zu erinnern, und dann würde die Figur des hammererschwingenden Arbeiters noch um ein Mehrfaches verkleinert werden müssen, um zu zeigen, wie das Agrarrium hier das erwerbstätige Volk gänzlich an die Wand drückt. Man denke, daß für das Herrenhaus einzelne Adelsfamilien eine angeborene Zugehörigkeits-



Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Industrie nach politischen Rechten. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Industrie nach Steuern und Lasten. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Industrie nach den Leistungen.

bede verstanden, eine Spaltung zwischen den zahlreicheren Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes einerseits und den unbefugten von Gewerbe, Handel und Industrie hinauszutragen. Die unglücklichste Finanzreform des vorigen Jahres, die den alten Zeit der neuen Belastungen in erster Linie dem Gewerbe, Handel und Industrie erwerbstätigen Bürgertum und wiederum im geringsten Maße dem gewerblichen Mittelstand auferlegte, hat auch dem reichhaltigsten Angehörigen des Kleinergewerbes, Kleinhandels und Kleinvermögens gezeigt, daß seine wirtschaftlichen Interessen im festen Zusammenhange mit allen übrigen Gruppen des deutschen Gewerbes gewahrt werden können.

redigkeit haben, so daß eine einzige solche Familie dadurch mehr geldgeberisches Recht hat, als Zehntausende von Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern. Das Herrenhaus, in dem eine Handvoll Junkerfamilien gegenüber den Vertretern der Städte, der Universitäten, des Handels, der Industrie, des Gewerbes die erdrückende Mehrheit hat, kann nach der Verfassung jedes Gesetz, das dieser Junkerfreiheit nicht paßt, zu Fall bringen. Und nun das Abgeordnetenhaus! Auch in diesem ist - infolge einer himmelstreichend ungerechten Wahlkreis-einteilung - das erwerbstätige Bürgertum in den Städten in eine ewige Minderheit drängt, also den Mehrheitsbeschlüssen des Junkertums auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Das Abgeordnetenhaus zählt 443 Sitze. Seiner Einwohnervzahl nach müßte Berlin in diesem Hause durch mindestens 30 Abgeordnete vertreten sein. Das herrschende Junkerregiment hat ihm nach vielem Gähnen und Würgen erst neuerdings zwölf Abgeordnete (gegen neun bis dahin) bewilligt. Seiner Steuerleistung nach müßte Berlin, da es den fünften Teil aller direkten preussischen Staatssteuern aufzwingt, 88 Abgeordnete stellen! In ähnlicher Weise ist Berlin nebst allen großen Städten infolge der gewissenlos ungerechten Wahlkreis-einteilung in Reichstag in unverantwortlicher Weise benachteiligt. Ebenso werden die mittleren und kleineren Städte in der Kreis- und Provinzialverwaltung von der Junkerfreiheit in den Kreisauschüssen verewaltigt. Dazu kommt die reaktionäre Verwaltungsbürokratie bis in die höchsten Ämter hinauf, die allen agrarischen Wünschen und Forderungen aufs blühendste zu Willen ist, den berechtigten Forderungen des Gewerbes, des Handels und der Industrie vielfach feindlich, zumist aber verständnislos gegenübersteht.

Das Beste an dem Flugblatt aber war das Bild, das den einzelnen Wirtschaftszweigen die Größe der Beteiligung der Lasten und Leistungen an, wie sie gemäß der amtlichen statistischen Verhältnisse ist. An den politischen Rechten, Vergünstigungen, Privilegien hat das Junkertum den fettesten Anteil, während Gewerbe, Handel und Industrie sich wie Staatsangehörige milderer Ordnung verhalten. Dagegen weiß sich, was das Mittelbild zeigt, Agrarrium von den Lasten wohlweislich zu drücken. Der Junker kann den Hut des Agrarsiers, der protig unter dem Vorwande der Agrarier steht. Denn den verhältnismäßig geringen Betrag an Steuern, den der Agrarier zu zahlen hat, bringen ihm die vom Volke aufgetragenen Liebesgaben reichlich wieder ein, und dem erwerbstätigen Mittelstande werden die Arbeiter teuren die drückenden Steuerlasten die Schulden. Und das alles, trotzdem, wie das dritte Bild zeigt, Gewerbe, Handel und Industrie ihre Bedeutung und Leistung der Landwirtschaft so weit übertragen, wie es die Größenschnittlinie der beiden Figuren andeuten.

Außerdem aber geht mit dem politischen Übergewicht, das sich das Junkertum durch Gesetzgebung und Verwaltung zu sichern gewohnt hat, auch die Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht durch die Expropriation einer Kruppellosen Boykottpolitik Hand in Hand. Mit einem Wort, wenn die Agrarier an dem Hansabund etwas aussetzen wollen, so können sie, wofür sie der Mehrheit die Ehre geben, höchstens zugeben, daß das Bild die schädliche Lebermacht des junkerlichen Agrarier-tums noch viel zu milde schildert.

Kurze Chronik. Der Kaiser hat sich in Brüssel gegen den Gedanken einer Weltausstellung in Berlin sehr zurückhaltend ausgesprochen. Geheimrat Rieber, der Präsident des Hansabundes, wird in Stuttgart-München bei der nächsten Reichstagswahl für die Nationalliberalen kandidieren. Der Präsident der französischen Republik Fallières hat gestern den neuen deutschen Botschafter in Paris, Freiherrn v. Schoen in Antrittsaudienz empfangen. Wegen der auf Kuba herrschenden Gärung konnten 700 Mann amerikanischer Truppen nach Rio de Janeiro abgeleitet werden. Näheres im Text des Blattes.

Bethmanns „Programm“.

An die Adresse des Janussehers. Auf die Anzuspung des Reichskanzlers durch Herrn v. Oldenburg, den „Naturburschen“ der Konfervativen, läßt sich der Reichskanzler durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Bescheid ergehen. Nach diesem Bescheid ist der Reichskanzler der Meinung, daß er gegen die „rote Flut“ streng genug vorgehe, so daß der Bedarf der Scharfmacher nach einem „harten Mann“ durchaus gedeckt sei. Herr v. Bethmann Hollweg erklärt seinen getreuen Konfervativen:

Im übrigen ist auch in dieser Woche mancherlei über das Programm des Reichskanzlers geredet und geschrieben worden. So hat der Abgeordnete Herr v. Oldenburg bei Vorträgen in seinem Wahlkreise sich darüber geäußert, wie ein solches Programm aussehen müßte, und mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer schärferen Bekämpfung der Sozialdemokratie betont. Der Reichskanzler hat es nie im Zweifel gelassen, daß er hierfür eine der Hauptaufgaben der Regierung und der Parteien sieht. Die ersten Symptome, die in Moabit und anderwärts zutage getreten sind, sprechen deutlich genug von den Fortschritten der revolutionären Massenbewegung, deren Lebermacht durch die Paralyseierung der sich in Zorntracht verzehrenden staatshaltenden Kräfte nur erhöht werden kann. Mögen die bürgerlichen Parteien die Lehren dieser Vorgänge beherzigen! Wenn Herr v. Oldenburg aber glaubt, der Regierung den Moabitler Anrufen gegenüber Schwäche vorwerfen zu müssen, so müssen wir dem widersprechen. Die Behörden haben bei der Niederwerfung der Moabitler Revolte in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan und haben Anspruch auf Anerkennung ihrer Tapferkeit.

So, nun werden sich wohl die Konfervativen bei diesem Erkenntnis beruhigen. Durch Schlachten à la Moabit wird die Sozialdemokratie in kürzester Zeit, vielleicht schon bis zum Silvesterabend dieses Jahres, überunden und der Herr v. Janussehau kann den Reichskanzler alsdann gegen die Liberalen mobil machen. Davon abgesehen, rühmt der Reichskanzler die Niedrigkeit der neuesten Reichsanleihe, die wir wir im Abendblatt gemeldet haben, „nur“ 100 Millionen Mark betragen soll statt der vermuteten 150 Millionen. Dann aber sagt er: „Es muß nach wie vor als eine der dringendsten politischen Aufgaben angesehen werden, die Finanzen des Reichs bald zur Gesundung zu führen. Wer sich um die Erreichung dieses Zieles müht, der wirt nach einem Programme von überaus praktischer Bedeutung.“

Keine Weltausstellung in Berlin.

Wir haben schon gemeldet, daß der Kaiser bei seinem Besuche der Reichsfeier Weltausstellung mit dem deutschen Reichskommissar, Geheimrat Albert die Frage erörtert hat, ob eine Weltausstellung in Deutschland möglich sei. Zu diesem Thema wird noch aus Brüssel berichtet. Der Kaiser äußerte große Bedenken gegen den Plan einer deutschen Weltausstellung, besonders aber gegen den einer Weltausstellung in Berlin. Die Erwägungen des Kaisers sollen dabei folgende sein: Die deutsche Industrie habe durch ihre offiziellen Vertretungen in letzter Zeit wiederholt mitteilen lassen, daß sie ausstellungsmüde sei. Eine Weltausstellung großen Stils könne aber nicht nur nicht ohne Mithilfe der Vertreter der deutschen Industrie durchgeführt werden, sie müsse vielmehr von dieser organisiert und mit allen Kräften gefördert werden. Den deutschen Regierungskreisen, denen es obliegt, mit der Industrie in ständiger Fühlung zu bleiben, ist es hier in erster Linie anzuempfehlen, weil sie die größten internationalen Interessen hat, dem Ausstellungsgedanken wenig Sympathie entgegenzubringen. Diese heimischen Großindustriellen würden, wenn sie überhaupt dem Gedanken einer Ausstellung in nächster Zeit nähertraten, nur eine rheinische Stadt, etwa Düsseldorf, wählen und bloß eine deutsche Ausstellung veranstalten wollen. Man müsse auch er-